

Portugal und Osttimor

Eine Entgegnung *

Auszug aus der portugiesischen Verfassung, Artikel 293:

"1. Portugal ist weiterhin der Verantwortung verpflichtet, in Übereinstimmung mit dem internationalen Recht, das Recht Osttimors auf Unabhängigkeit zu fördern und zu garantieren.

2. Es obliegt dem Staatspräsidenten und der Regierung, alles notwendige zu unternehmen, um die unter der vorherigen Nummer aufgestellten Ziele zu erreichen."

Der Botschafter Portugals in Deutschland, Oliveira Pinto da Franca, machte in einer Erklärung u.a. folgende Aussage:

"Trotz der Schwierigkeiten daheim [im August 1975, in Portugal] und trotz des Entkolonialisierungsprozesses, der gleichzeitig in allen anderen Kolonien durchgeführt wurde, haben die portugiesischen Verantwortlichen zahlreiche Anstrengungen unternommen (wobei sie sich diplomatisch weiterhin mit Indonesien auseinandersetzen), um Frieden und Gesetzlichkeit in Timor wiederherzustellen. Auch wollten sie den Entkolonialisierungsprozeß in Osttimor auf den richtigen Weg bringen".

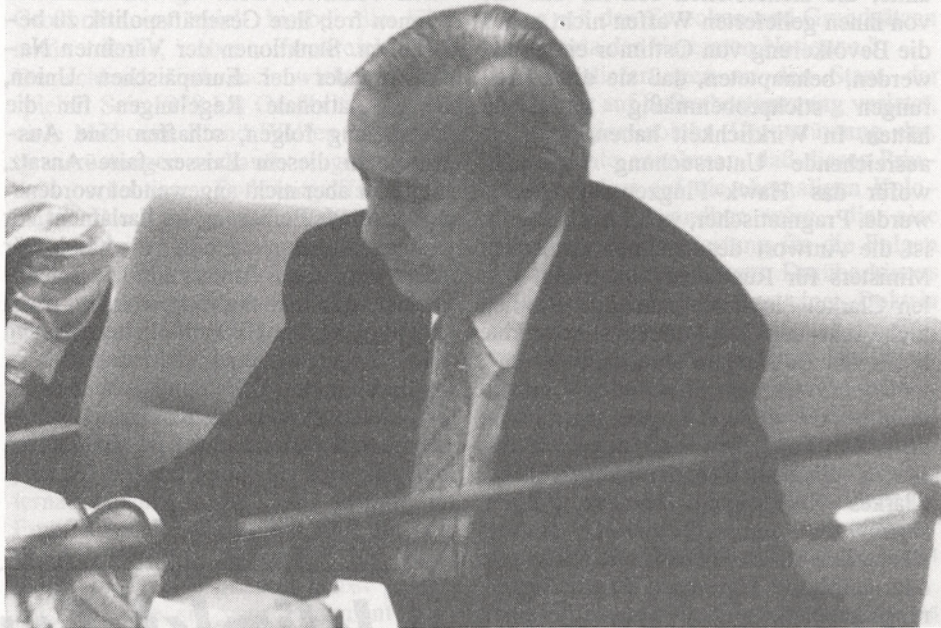
Doch wie sahen diese zahlreichen "Anstrengungen" aus?

Im November 1974 trat der neue Gouverneur Osttimors, Oberst Lemos Pires, sein Amt an. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich in Osttimor bereits die verschiedenen Parteien gebildet. Danach wäre es Portugal am liebsten gewesen, wenn die beiden größten Parteien – UDT und Fretilin – eine Koalition eingegangen wären. Der damalige Minister für interterritoriale Koordinierung, Almeida Santos, der Osttimor 1974 besuchte, hielt die Unterschiede zwischen beiden Parteien nur für Wortspiele in den Programmen.¹ Im Januar 1975 kam es tatsächlich zu einer Koalition. Trotz der Freude der Portugiesen über die Koalition trafen sich Vertreter Portugals und Indonesiens in London zu Geheimgesprächen. Obwohl die Gespräche die Zukunft des Landes zum Inhalt hatten, fanden sie statt, ohne die Koalition in Osttimor in Kenntnis zu setzen.

Trotz dieser Geheimgespräche versuchten die Portugiesen auch weiterhin, die Entkolonialisierung voranzutreiben. Am 7. Mai 1975 traf sich der portugiesische Gouverneur zu Gesprächen mit Vertretern der UDT und der Fretilin. Vertreter der Apodeti waren bei diesem Treffen nicht anwesend, da die beiden anderen Parteien ihre Teilnahme nicht wünschten. Das Ergebnis dieser Gespräche war, daß man sich darauf einigte, in Macau mit Vertretern aller drei Parteien über den Weg zu einer möglichen Entkolonialisierung zu reden.

Ende Mai 1975 brach allerdings die Koalition nach dem Rückzug der UDT auseinander.

Die Macau-Konferenz fand trotzdem statt. Während die UDT, die Apodeti und Portugal an der Konferenz teilnahmen, hatte sich die Fretilin geweigert, mit der Apodeti über die Entkolonialisierung zu reden und blieb somit der Konferenz fern. Parallel zu diesen Gesprächen führte die portugiesische Delegation auch Gespräche mit indonesischen Vertretern, um sie über den aktuellen Stand der Verhandlungen auf dem laufenden zu halten.



Der portugiesische Botschafter in Bonn, Oliveira Pinto da Franca, während der Osttimorkonferenz in Iserlohn
Foto: P. Franke

Zum Abschluß der Konferenz wurde ein genauer Fahrplan für die Entkolonialisierung festgelegt. Demnach sollte die portugiesische Herrschaft nach Bildung einer Übergangsregierung und danach stattfindenden Wahlen im Oktober 1978 enden.

Als im August 1975 der UDT-Putsch losging, war die portugiesische Verwaltung, nachdem im Zuge der Nelkenrevo-

lution fast alle in Osttimor stationierten Soldaten nach Portugal zurückgekehrt waren, praktisch schutzlos. Dem Gouverneur standen nur rund 100 Soldaten zur Verfügung. Als die Kämpfe in der Hauptstadt Dili an Intensität zunahmen, flüchtete der Gouverneur samt aller Soldaten und portugiesischen Verwaltungsangestellten nach Ataúro.

Lemos Pires hatte bereits im Vorfeld des Putsches Lissabon mehrfach aufgefordert, ihm militärische Verstärkung zu entsenden, doch wurde dies stets abgelehnt. Als er nach dem Ausbruch des Putsches erneut nach Lissabon telegrafierte, damit die Regierung einen Abgesandten nach Osttimor entsende, um die Ereignisse zu verfolgen und im Namen der Regierung mit den Konfliktparteien direkt zu verhandeln, wurde dies erst abgelehnt. Erst drei Tage später trafen in Jakarta² drei portugiesische Delegierte ein, die allerdings von indonesischen Behörden an einem Weiterflug nach Osttimor gehindert wurden. Sie mußten ohne Ergebnis nach Portugal zurückkehren.

Nach dem Ende des Bürgerkrieges wurden die Portugiesen mehrmals von der Fretilin, die mittlerweile die de facto Herrschaft über Osttimor ausübte, aufgefordert, nach Osttimor zurückzukehren, um den begonnenen Entkolonialisierungsprozeß zu beenden. Immer wieder lehnte Portugal diese Forderung ab. Stattdessen trafen sie sich erneut mit Vertretern der indonesischen Regierung in Rom, wobei die indonesischen Vertreter Portugal drängten, das Problem nicht zu internationalisieren.

Nach den Rom-Gesprächen lud die portugiesische Entkolonialisierungskommission die Führer der drei Parteien zu Gesprächen nach Australien ein. Die

*) Alle kursiv gesetzten Stellen der Entgegnung sind Auszüge aus der Rede des portugiesischen Botschafters, die er während der Tagung "Die Europäische Verantwortung für Osttimor" in der Evangelischen Akademie Iserlohn am 2.10. 1994 gehalten hat.

Fretilin stimmte zu. UDT und Apodeti, die mit dem Ende des Bürgerkrieges nach West-Timor geflüchtet waren, schlugen ihrerseits Gespräche in Indonesien vor. Dies lehnten die Portugiesen rundweg ab. Doch kam es nicht zu den Gesprächen in Australien. Die Invasion Osttimors durch Indonesien beendete abrupt den begonnenen Entkolonialisierungsprozeß.

"Portugal war einer der Co-Autoren der Resolution 37/30 vom 23. November 1982, durch die der Generalsekretär beauftragt wurde, Gespräche mit allen direkt beteiligten Parteien aufzunehmen".

Nun ist es richtig, daß Portugal Co-Autor dieser Resolution war. Doch genauso richtig ist es festzustellen, daß dies die allererste Resolution war, die die Portugiesen als "Verwaltungsmacht" mit einbrachten. Vorher hatten sie immer nur für die Verabschiedung der verschiedenen eingebrachten Resolutionen gestimmt.

Was die Resolution 37/30 vom 23. November 1982 angeht, so war Portugal zwar ein Co-Autor, aber gleichzeitig auch für den vergleichsweise milden Inhalt der Resolution verantwortlich. Aus Angst vor einer Abstimmungsniederlage wurde der Generalsekretär damit beauftragt, über die Situation in Osttimor bei der darauffolgenden Generalversammlung zu berichten und Gespräche mit den direkt beteiligten Parteien aufzunehmen. Diese begannen im Juli 1983, allerdings unter Ausschluß einer der direkt beteiligten Parteien, nämlich der Osttimoresen.

Zu ersten formellen Gesprächen zwischen Portugal und der Fretilin kam es erst am 24. September 1985, als sich der damalige Außenminister Portugals, Jaime Gama, mit José Ramos-Horta traf. Kurz vorher hatte es eine Wende in der portugiesischen Diplomatie gegeben. Zunehmend befaßte man sich nun mit der Osttimor-Problematik. Noch ein Jahr vorher soll Jaime Gama, auch da schon in der Position des Außenministers, in einem privaten Gespräch bedauert haben, daß sich die portugiesische öffentliche Meinung noch immer nicht mit der Integration Osttimors in Indonesien abgefunden habe.³

"Portugal begann [nach dem Beitritt zur EG] nie vorher dagewesene Anstrengungen in den internationalen Foren (bis hin zum Internationalen Gerichtshof) zu unternehmen. Dazu nutzte es jede sich bietende Gelegenheit, Osttimor zu thematisieren, sowohl um den begonnenen Entkolonialisierungsprozeß in Übereinstimmung mit dem internationalen Recht zu vollenden als auch um der intolerablen Menschenrechtssituation in Osttimor ein Ende zu bereiten. Dies sollte aber nicht unsere Bereitschaft ausschließen, unter der Schirmherrschaft des Generalsekretärs den Dialog fortzuführen und weiterhin die Tür für jede Initiative offen zu halten, um die Differen-

zen zwischen uns und den Indonesiern zu überbrücken. Vor diesem Hintergrund akzeptierte das portugiesische Parlament im Prinzip eine Einladung des indonesischen Parlaments im Jahre 1988, eine Delegation nach Osttimor zu entsenden, vorausgesetzt, beide Seiten könnten sich auf die Rahmenbedingungen einigen. Dies war, berücksichtigt man sämtliche darin enthaltenen gesetzlichen, politischen und diplomatischen Empfindlichkeiten, keine leichte Aufgabe. Wir versäumten es, nachdem wir über die Rahmenbedingungen übereingekommen waren, in letzter Minute auch über die ebenfalls empfindlichen Probleme bei der Durchführbarkeit übereinzukommen. So konnte der für Ende Oktober 1991 geplante Besuch nicht zustandekommen und wurde eingestellt."

Tatsächlich begann Portugal nach seinem Beitritt zur EG in internationalen Foren wie der EG, der Interparlamentarischen Union (IPU) und bei den Treffen der Staaten des Lomé-Abkommens, Osttimor immer wieder ins Gespräch zu bringen.

Im Rahmen der EG boykottierte Portugal z.B. die Umwandlung der Vertretung der EG in Jakarta in eine Botschaft. Darüberhinaus hat es Portugal bis heute zu verhindern gewußt, daß ein wirtschaftliches Abkommen zwischen den ASEAN-Staaten und der EG zustande kommen konnte. Direkt nach dem Beitritt brachte Portugal auch eine Resolution in der EG ein, die Indonesien verurteilte.

Bei der IPU war Portugal auch immer besorgt, daß das Thema Osttimor nicht vergessen wurde. Mehrere Resolutionen wurden dort verabschiedet. Ähnlich war es bei den Treffen der Staaten des Lomé-Abkommens. Dort erhielt Portugal aber auch Unterstützung durch seine ehemaligen afrikanischen Kolonien.

In bezug auf die Parlamentarierdelegation war das portugiesische Parlament bereits Anfang 1988 vom indonesischen Parlament eingeladen worden, eine Delegation zu entsenden. In den Gesprächen mit den indonesischen Vertretern ging es zuerst vornehmlich darum, den Status einer solchen Delegation zu klären. Indonesien wollte die Delegation als eine Beobachtungsabordnung verstanden wissen, die nach dem Besuch der Staatengemeinschaft erklären sollte, daß in Osttimor Fortschritte erkennbar wären und die die Annexion anerkannte. Portugal seinerseits wollte die Parlamentarierdelegation als Untersuchungskommission einsetzen, die die Ereignisse im Land untersuchen sollte.

Uneinigkeit herrschte auch über die Reiseroute. Während die indonesische Seite einen Aufenthalt in Jakarta für dringend notwendig hielt, weigerte sich die portugiesische Seite sowohl, nach Jakarta zu fliegen, als auch gegen die Notwendigkeit eines Visums für die Delegationsmitglieder.

Allerdings konnten auch diese Hindernisse nach langen Verhandlungen und verschiedenen Verschiebungen des Abreisetermins überwunden werden. Ende September 1991 kamen beide Seiten überein, die Parlamentarierdelegation Ende Oktober Osttimor besuchen zu lassen. Dabei wurde jeder Seite zugestanden, 13 Abgeordnete zu benennen. Darüberhinaus sollte die Delegation von 32 Journalisten, zehn portugiesischen, zehn indonesischen und zwölf internationalen begleitet werden. Diese sollten zu gleichen Teilen von Portugal und Indonesien ausgewählt werden. Nachdem Portugal seine Liste der indonesischen Seite vorgestellt hatte, legte der indonesische Außenminister ein Veto gegen drei von Portugal benannte Journalisten ein: Rui Araújo, Mário Robalo und Jill Jolliffe. Nach wütenden portugiesischen Protesten nahm die indonesische Seite ihr Veto gegen die beiden erstgenannten zurück, behielt aber das Veto gegen Jill Jolliffe bei. Da keine der beiden Seiten der jeweils anderen Seite ein Veto gegen die Aufnahme von Journalisten zugestanden hatte, hob der Präsident des portugiesischen Parlaments die Abreise der Delegation auf und verschob den Termin auf unbestimmte Zeit.

Viele Timoresen fragten sich, warum die portugiesische Seite nicht einfach einen anderen Journalisten anstelle von Jill Jolliffe ernannte, doch Portugal beharrte auf seinem Standpunkt, nicht nachzugeben. José Ramos-Horta warf dabei der portugiesischen Seite vor, die ganze Zeit über von einer Parlamentarierdelegation als Ziel in sich zu sprechen und am Ende froh darüber gewesen zu sein, daß eine solche Reise nicht gar nicht erst stattfand.⁴

Jean-Pierre Ferreira

Der Autor ist Student am Dolmetscherinstitut der Universität Heidelberg und arbeitet an einer Diplomarbeit über die Rolle Portugals im Osttimor-Konflikt.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Riscado 1981, S. 59.
- 2) Da es keine direkte Flugverbindung von Portugal nach Osttimor gab, mußte der Weg über Jakarta gewählt werden.
- 3) Vgl. Diário de Notícias vom 18.3.1984.
- 4) Vgl. José Ramos-Horta, *Amanha em Díli*, 1994, S.277.